

Sozialdemokratischer Pressedienst

Chefredakteur:
Helmut G. Schmidt
Verantwortlich: Rudolf Schwinn

Telefon: (0228) 21 90 38/39
Telefax: 896 846 ppbn d
Telefax: 21 08 64

Inhalt

Klaus Kübler MdB zu den Ergebnissen in der Menschenrechtsfrage beim Besuch des amerikanischen Außenministers James Baker in Peking: US-Menschenrechtspolitik beispielhaft für Bonn.

Seite 1

Dr. Rolf Böhme MdB zur Herausforderung durch den Vereinigungsprozeß: Plädoyer für eine neue Reformpolitik.

Seite 2

Hans Büchler MdB zur Notwendigkeit, die Drehscheibenfunktion von Nordostoberfranken, Westböhmen und Südsachsen zu entwickeln: Den Austausch in der Mitte Europas aufnehmen.

Seite 5

46. Jahrgang / 221

19. November 1991

US-Menschenrechtspolitik beispielhaft für Bonn

Zu den Ergebnissen in der Menschenrechtsfrage beim Besuch des amerikanischen Außenministers James Baker in Peking

Von Dr. Klaus Kübler MdB

Ob James Bakers Besuch in Peking gesamtpolitisch als Erfolg oder Mißerfolg zu werten ist, bleibt eine Sache des Standpunkts. Erfolge in wirtschaftlicher Hinsicht, gewiß; Erfolge auch auf dem militärstrategischen Feld, weil China seine Bereitschaft erklärte, dem Atomwaffensperrvertrag beizutreten und unter gewissen Voraussetzungen auf die Lieferung bestimmter Raketentypen in Krisengebiete zu verzichten.

Auf dem Feld der Menschenrechte - laut Baker dem Hauptthema all seiner Gespräche in Peking - waren die Erfolge leider begrenzt. Der amerikanische Außenminister konnte auf eine "gewisse Bewegung" verweisen, der große Durchbruch sei allerdings ausgeblieben. Immerhin sollen die Exporte von Gütern, die in chinesischen Straflagern produziert werden, in Zukunft unterbleiben.

Die Nachrichten über den Baker-Besuch fordern jedoch zum direkten Vergleich zum Verhalten deutscher Politiker beim Zusammentreffen mit hochrangigen chinesischen Verhandlungspartnern auf. Während Baker sich weigerte, seinen chinesischen Gesprächspartnern vor der Kamera auch nur die Hand zu geben, fiel ein deutscher Staatssekretär ihnen in aller Öffentlichkeit um den Hals. Und während Baker glaubhaft versicherte, daß für ihn die Menschenrechte den Hauptgegenstand seiner Gespräche bildeten, machte Möllemann kein Hehl daraus, daß für ihn die Handelsbeziehungen vorrangig waren. Hinzu kamen noch seine dubiosen Kreditzusagen an China.

Hier wird der unterschiedliche Stellenwert, den die Bundesregierung und die amerikanische Regierung dem Thema Menschenrechte einräumen, offensichtlich.

Verlag, Redaktion und Druck:
Sozialdemokratischer Pressedienst GmbH
Haussallee 2-10, Pressehaus 1/217
5300 Bonn 1, Postfach 120408

Erscheint täglich von Montag bis Freitag.
Bezug nur im Abonnement. Preis DM 62,50
mtl. zuzügl. Mwst und Versand.

Verleiht die Umwelt
mit wertvollen Rohstoffen
Recycling-Papier



Deutsche wie Amerikaner sind gleichermaßen an besseren Wirtschaftsbeziehungen zu China interessiert, die USA als pazifische Macht wohl noch mehr. Und trotzdem ist die Bundesregierung in der Menschenrechtsfrage viel harmloser, schlimmer noch: Sie ist unfähig, die Menschenrechtsverletzungen politisch wirkungsvoll zu thematisieren. Für sie ist die Wirtschaft alles, denn das politisch schwache Verhalten von Seiters, Genscher und Möllemann bei Begegnungen mit chinesischen Politikern stellt sich nach außen als reine Kosmetik dar; immer vor dem Hintergrund, die chinesische Regierung bloß nicht zu verärgern.

Ungeachtet dessen, daß Bakers Erfolge in der Menschenrechtsfrage bei seinen Gesprächen in Peking leider nur begrenzt waren, hat er doch die Festigkeit gehabt, international deutlich vernehmbar das Thema Menschenrechte als sein Hauptanliegen zu bezeichnen. Nur auf diesem Weg ist mittelfristig auf Erfolge zu hoffen nach dem Muster: Handel gegen Menschenrechtsverbesserungen. Die Bundesregierung hingegen macht der chinesischen Regierung leider immer wieder deutlich, daß sie es in der Frage der Menschenrechte nicht so genau nimmt. Ob die Chinesen ihr trotz dieser wachweichen Haltung den Vorzug vor den Amerikanern als Handelspartner geben, oder ob sich dies nach rein marktwirtschaftlichen Gesichtspunkten regelt, bleibt abzuwarten.

James Bakers Chinareise zeigt der Bundesregierung, wie sich die Menschenrechtspolitik mit allgemein außen- und wirtschaftspolitischen Gesichtspunkten vereinen läßt.

(-/19. November 1991/rs/ks)

Plädoyer für eine neue Reform-Politik
Zur Herausforderung durch den Vereinigungsprozeß

Von Dr. Rolf Böhme
Oberbürgermeister der Stadt Freiburg

Die deutsche Einheit ist der tiefste Einschnitt in der europäischen Nachkriegsgeschichte. Nichts wirkt auf die deutsche Politik der Gegenwart und Zukunft so prägend wie die nationale Vereinigung der beiden Teile Deutschlands. Während der über 40 Jahre dauernden Trennung haben wir uns in Wirtschaft, sozialem Leben und Kultur mehr auseinandergelebt, als wir in der Freude über den Fall der Berliner Mauer auch nur ahnten. Jetzt, wo das Wunder zum Alltag wurde, gilt die Gemeinsamkeit als selbstverständlich - und "es kommt jetzt um so mehr zutage, wie sehr es daran fehlt" (Christian Meier, "Nation, die keine sein will").

Unabhängig von der individuellen Befindlichkeit und Einstellung entstand ein gewaltiger Politik-Bedarf zur Gestaltung dieser einmaligen historischen Lage. Einmalig nicht nur für uns Deutsche, sondern weit darüber hinaus als Experiment, ob das Aufprallen der Markt- und Konkurrenzwirtschaft mit allen Folgen auf Länder und Gesellschaften real sozialistischer und kommando-bürokratischer Struktur gelingen kann. Wenn es im Gebiet der alten DDR mit ihrem damaligen hohen Standard im östlichen Wirtschaftsraum und mit den jetzigen massiven Subventionen der West-BRD nicht zu einem Erfolg kommt, wo dann sonst überhaupt im gesamten alten Ostblock?

Was oft nicht genug zum Ausdruck kommt, ist freilich, daß am 9. November 1989 nicht nur die DDR ihr Ende fand, sondern auch die BRD. Die "Verschweigerung" mit abgesicherter West-Integration, sattem Wohlstand und außenpolitischer Gartenzweig-Idylle hat den schützenden Zaun verloren. Erst jetzt können die Wessis zeigen, ob sie wirklich gelehrige Schüler von Demokratie, Rechtsstaat, Toleranz und außenpolitischem Maß gewesen sind und im rauhen Wind der Souveränität und plötzlich zugefallener Eigenverantwortung auf eigenen Füßen stehen können.

Es geht jetzt nicht mehr darum, zwei Jahre nach der Vereinigung an damaligen Entscheidungen Kritik zu üben. Wichtig ist, was wir heute darüber denken und sagen und wie wir uns jetzt einrichten. Für eine richtige Politik ist es nicht zu spät, wenn wir jetzt handeln. Aus der Sicht einer kleinen westdeutschen Großstadt möchte ich folgendes vortragen:

1. Die Auswirkungen der deutschen Einheit greifen tiefer nach Westen, als bisher zugegeben. Beispiele sind:

- zunehmende Finanznot durch Kürzungen über den Finanzausgleich und den kommunalen Solidar-Fonds. In Freiburg machen die Ausfälle im Haushalt 1991/92 rund 20 Millionen DM aus. Der Verteilungskampf innerstädtischer Leistungen und Projekte wird dadurch härter.
- Zuzug von Neubürgern verschärft die ohnehin bestehende - stadtinterne - Wohnungsnot und schürt die latenten Ängste gegen Ausländer und "Andere". Hier geht es offensichtlich um mehr als "nur" Wohnungsbau, sondern um das Aufbrechen tiefer Konflikte, die politisch nicht mehr gekannte Töne verbreiten und uns aufrütteln müssen.
- Der kontinuierliche Rückzug des Bundes (und der Länder) aus einer flächendeckenden Verkehrsbedienug im öffentlichen Nahverkehr schafft Stadt Umland Probleme, die kaum lösbar sind und wenn, dann die finanzielle Leistungskraft der kommunalen Gebietskörperschaften gigantisch übersteigen. Der Betrieb neuer ICE-Züge ist gut; wenn dafür aber Schienen-Kapazität für den öffentlichen Nahverkehr geopfert wird, dann werden die vernünftigen Schnellzüge zur Nahverkehrsplage, von der generellen ÖPNV-Misere ganz zu schweigen.

Diese Beispiele lassen sich vermehren. Sie sollen auch nur zeigen, daß mit den alten Denkmustern und Politiken aktuelle und künftig ständige gravierender werdende Probleme nicht zu meistern sind.

Können wir das überhaupt noch? Haben nicht die Bürger mit sinkender Wahlbeteiligung schon ihre Resignation geäußert? Ist Abwendung von den eben eingelernten - oder gerade neu geschenkten - Strukturen demokratischer Entscheidungen und rechtsstaatlicher Mühen die Folge und was folgt dann?

Große Probleme sollte man lösen, solange sie noch klein sind. Diese Chance ist vielleicht schon vertan, aber bisher ist nichts verloren. Deshalb appelliere ich für eine neue Reformpolitik, welche das heutige Politik-Defizit überwindet und Hoffnung und Perspektive gibt. Keine Politik ist schlimmer als eine schwankende. Die Parteien machen einen großen Fehler, wenn sie Mut und Kompetenz vermissen lassen.

2. Einige Beispiele zur Aufnahme der Nöte im kommunalen Alltag:

- Bund und Land müssen den Wohnungsbau der Städte und Gemeinden zu preiswerten Mieten wieder massiv unterstützen. Die staatliche Eigentumsförderung ist zugunsten des Mietwohnungsbaus zurückzunehmen. Die institutionellen Anleger wie Versicherungen und der anlagensuchende Mittelstand sind zu Wohnungsbau-Investitionen anzureizen. Das Geld ist da; es muß richtig eingesetzt werden.
- Grund und Boden sind das Spekulationsobjekt Nr. 1 geblieben. Ein preiswerter Wohnungsbau ist unmöglich geworden, wenn nicht die Kommunen eigenes Gelände haben. Dringlich müssen Instrumente wie Planungswertausgleich oder staatliche Abschöpfung von Spekulationsgewinnen eingesetzt werden. Es fehlen auch wirksame baurechtliche Maßnahme-Mittel wie Baugebot für Baulücken, Art der Baunutzung des Grundstücks oder wenigstens eine höhere Besteuerung der bebaubaren, aber nicht bebauten Grundstücke (Baulandsteuer, eine neue Grundsteuer C).

Exkurs: Viele Gemeinden bekommen jetzt Gelände frei durch den Abzug der alliierten Streitkräfte. Im Kern ist diese Veränderung auch durch die gleichen Veränderungen verursacht, welche zur deutschen Wiedervereinigung führten. Der Bund will jetzt mit diesen

Grundstücken Kasse machen und zum Marktwert verkaufen. Die Gemeinden können hier nicht mithalten. Warum wird nicht wenigstens hier die Chance genutzt, den Gemeinden, die jahrzehntelang infrastrukturell die Lasten der alliierten Truppen getragen haben, eine kostenlose Überlassung der Grundstücke für sozialen Wohnungsbau oder soziale Einrichtungen zu gewähren? Die jetzige Profit-Haltung des Bundes ist unsozial, seine bisherigen Abschläge beim Grundstücksverkauf an Kommunen halbherzig und ohne Wirkung für einen sozialen Wohnungsbau.

- Der öffentliche Nahverkehr ist durch eine satte Anhebung der Mineralölsteuern und Einschränkung der Mittel für den Straßenbau massiv zu fördern. Oder fahren wir weiter unser Auto bis zum endgültigen Verkehrsinfarkt? Die DB oder die RB sind ohne frisches Geld zur Förderung des Nahverkehrs nicht in der Lage. Die politische Feigheit zu einer Umschichtung von Finanzen in den ÖPNV wird aber böse Folgen haben. Schon ein Laie sieht zum Beispiel heute, daß im Großraum Leipzig der Verkehrskollaps in kurzer Zeit endgültig sein wird. Nichts geht dort mehr, fast schon heute. Wenn diese Handels- und Industriestadt Lebensflut für die Wirtschaft und die Bürgerschaft bekommen soll, dann muß ein Nahverkehrskonzept her, das mindestens zehn Milliarden kostet und vom Bund bezahlt wird. Hat der Bund nicht auch West-Städte im ÖPNV massiv und gesondert bezuschußt, wie zum Beispiel damals die Olympia-Stadt München?

Die Uhren gehen inzwischen falsch, wenn in der alten DDR nur die Straßen ausgebaut werden. Wenn es stimmt, daß zum Beispiel in Berlin nach Abbruch der Mauer bisher nur Straßenstücke zusammengefügt wurden, aber kein einziger Meter S-Bahn, dann zeigt dieses Ergebnis, wie kurzsichtig die jetzige Politik ist.

- Die Abfallwirtschaft sollte als eine Umweltaufgabe von Bundes- und Landesrang erkannt und geregelt werden. Die Republik stinkt, wenn sie nicht ihren eigenen Dreck entsorgen kann. Bis heute steht aber die TA-Abfall (Technische Anleitung des Bundes) noch aus. Es wird taktiert und Alibi-Politik betrieben. Auch hier werden die Städte und Gemeinden - wie beim Wohnungsbau oder der Bodenpolitik - im Stich gelassen.
- Wer die alte DDR bereist, kann den Verfall der Straßen und Häuser mit den Händen greifen, die verpestete Luft südlich Leipzig riechen, die Mißwirtschaft zum Beispiel in der Energiepolitik mit den offenen und nicht isolierten Fernheizungsrohren und ihren defekten ("dampfenden") Stellen sehen, die zunehmende Verkehrsstau-Einschnürung am eigenen Leib spüren. Einfache Frage: Gibt es ein Strukturkonzept des Bundes und der Länder/Gemeinden für öffentliche Einrichtungen in den neuen Bundesländern für Verkehr, Wohnungsbau- und Sanierung, Ver- und Entsorgungswirtschaft für Kommunikation, Wasser, Abfall oder Energie? Gab es aber im Westen in den 70er Jahren nicht schon einmal das Zukunfts-Investitions-Programm (ZIP), das die Sanierung von Bodensee und Rheinwasser, Investition von Ver- und Entsorgungsanlagen usw. begünstigte und große Arbeitsmarkteffekte hatte? Könnten nicht in der alten DDR ebenfalls Investitionen stetig und verlässlich verbessert werden durch ein ähnliches Programm, auf zehn bis 15 Jahre angelegt und kontinuierlich abgearbeitet?

Ein solches Konzept gibt es nicht. Dafür wird viel Geld für allgemeine Lebenshaltung transferiert. Das mag anfangs richtig gewesen sein. Aber auf Dauer? Ein chinesisches Sprichwort sagt: Gebt mir keine Fische zu essen, sondern lehrt mich, selbst zu fischen.

Die genannten Probleme sind lösbar und vieles wäre gewonnen, wenn sie mit Perspektive und verlässlichen Konzepten angepackt werden. Sie betreffen allerdings nur die "äußere" Wiedervereinigung, die innere und psychologische Anpassung ist weit schwieriger und langwieriger. Das ist wahr und dieser schmerzliche Prozeß wird im besten Falle noch ein Jahrzehnt weiter dauern. Aber eine kräftige Politik kann erreichen, daß die Opfer nicht umsonst waren. Sie kann auch für die östlichen Nachbarn der neuen Bundesländer ein Zeichen setzen. Das wird uns allen in unserem neuen Europa gut tun.

Kann 'die Wirtschaft' diese Effekte nicht alle selbst bewirken und bedarf es überhaupt staatlicher Eingriffe und Investitionshilfen? Die Antwort hat die Zwischenbilanz nach zwei Jahren Wiedervereinigung gegeben. Auch unsere eigene westliche Erfahrung zeigt, daß Infrastrukturen und soziale Einrichtungen der helfenden Hand des Staates bedürfen. Die soziale Marktwirtschaft in der alten Bundesrepublik war so erfolgreich, weil sie eine gemischte Wirtschaft darstellte und Wettbewerb mit öffentlicher Daseinsvorsorge in einem policy mix zusammenbrachte. Die Menschen in der alten DDR hatten dieses erfolgreiche politische Bild vor Augen, als sie die Wiedervereinigung forderten. Sie dürfen jetzt nicht enttäuscht werden. Es kommt auch in unserem eigenen wohlverstandenen Interesse darauf an, dieses System mit Erfolg auf die neuen Bundesländer zu übertragen. Dann werden auch die Schreier von rechts und die Parolen der ewig Gestrigen keine Chance haben.

Mit diesem Plädoyer für öffentliche Investitionen in die Infrastruktur wird keiner überzogenen Staatlichkeit das Wort geredet. Der im Westen übliche Streit zwischen öffentlicher Armut/privatem Reichtum und welche Staatsquote die richtige sei, gilt in den neuen Bundesländern nicht. Dort sind Private und öffentliche Einrichtungen in gleicher Weise "arm", nämlich auf Transfer aus dem Westen angewiesen. Es geht auch ideologisch nicht um die Staatsquote, sondern um den Einsatz des gesunden Menschenverstandes für das, was notwendig ist. Wenn schon Geld in Höhe von vielen Milliarden in die neuen Bundesländer gezahlt wird, dann mit einem Zukunftskonzept, das den Menschen eigenes Zutrauen und eigenverantwortliches Handeln gibt.

(-/19. November 1991/rs/fr)

Den Austausch in der Mitte Europas aufnehmen

Zur Notwendigkeit, die Drehscheibenfunktion von Nordostoberfranken, Westböhmen und Südsachsen zu entwickeln

Von Hans Büchler MdB

Seit dem Herbst 1989 haben sich die politischen Rahmenbedingungen in Mittel- und Osteuropa in einem atemberaubenden Tempo verändert. Bisher nicht für möglich gehaltene - bisher mehr oder weniger utopische - Perspektiven der Zusammenarbeit zwischen einzelnen Regionen und Ländern können heute von der Politik aufgegriffen und umgesetzt werden.

Dazu ist es jedoch notwendig, daß vor allem die Bayerische Staatsregierung und die konservative Regierung in Bonn die qualitativ neuen Chancen mit dem entschlossenen Willen zu ihrer Durchsetzung anpacken. Man wird den Eindruck nicht los, daß die Verantwortlichen in Bund und Ländern eine ganz entscheidende Phase der Politik gerade in den durch geschlossene Grenzen jahrzehntelang benachteiligten Grenzregionen verschlafen.

Die politischen Kräfte in CDU/CSU sind erlahmt. Sie sind nicht mehr in der Lage, die Weichen für die baldige und ernsthafte Realisierung eines attraktiven Lebensraumes zwischen Frankenswald, Fichtelgebirge und den böhmischen Grenzregionen zu stellen. Sie tun zu wenig, um einen zukunftsweisenden, vorbildlichen Wirtschafts- und Investitionsraum in dieser Region zu schaffen. CDU/CSU setzen keine unübersehbaren Akzente für einen eigenständigen Kultur- und Wissenschaftssektor. Sie tun fast nichts dafür, daß unsere Region im Herzen Europas einen ökologischen Sonderstatus bekommt. Vor allem erkennen sie nicht die Drehscheibenfunktion, die Nordostoberfranken, Westböhmen und Südsachsen in den nächsten Jahren einnehmen werden.

Viele konkrete Projekte stehen an, die ohne sonderliche Mühe in der Tat umgesetzt werden könnten und eine Lawine von weiteren Maßnahmen zum Nutzen der Menschen in Gang bringen würden.

Es sind Maßnahmen im Umweltschutz, auf dem Arbeitsmarkt, bei den modernen Technologien, in Wissenschaft, Kunst, Kultur und Forschung, vor allem auf allen möglichen Feldern einer gemeinsamen Infrastruktur.

1. Warum tut man nichts für die Ausweisung grenzüberschreitender ökologischer Schutzgebiete? Warum verbessert man nicht energisch genug die lufthygienischen Verhältnisse beiderseits der Grenze durch den Einbau von Filteranlagen bei den bekannten Betrieben? Das lufthygienische Überwachungsnetz ist mangelhaft. Die Sanierung von verschiedenen Großfeuerungsanlagen stagniert. Die Reduzierung der Schadstoffbelastung der Eger wird vernachlässigt. Die Sanierung des Kössener-Bachs tritt auf der Stelle. Die Leistungsfähigkeit der meisten Kläranlagen läßt zu Wünschen übrig.
2. Warum packt man die existierenden Probleme auf dem Arbeitsmarkt, in der gewerblichen Wirtschaft, im Fremdenverkehr und im Einzelhandel nicht energisch an? Warum gibt es keine verstärkte Förderung berufsbildender Maßnahmen für deutsche und tschechische Arbeitnehmer? Warum gibt es kein Austauschprogramm zur Fortbildung tschechischer und deutscher Facharbeiter? Wieso eigentlich kooperieren die Arbeitsämter in beiden Ländern nicht? Wieso gibt es keine Beratung für Grenzpendler, keine Unterstützung bei der Einführung von marktwirtschaftlichen Strukturen in Böhmen durch Kammern oder andere Institutionen? Könnte man nicht Gemeinden und Kreise in dieser Region attraktiver machen durch die Ausweisung von grenzüberschreitenden Unternehmens- und Freihandelszonen, Gewerbegebieten mit baulichen und steuerlichen Vorleistungen in Cheb und anderswo? Wo bleiben die staatlichen Hilfen zum Aufbau von joint-ventures in den traditionellen Wirtschaftsbeziehungen zwischen Böhmen und Nordostoberfranken?
3. Es fehlt eine abgestimmte Marketing- und Werbekonzeption in der Euregio Egrensis, ein gemeinsames Fremdenverkehrskonzept mit touristischen Straßen und ausgewiesenen Erholungszentren, ein grenzüberschreitendes Heilbäderkonzept, grenzüberschreitende Skifanglaufloipen, ein Rad- und Wanderwegenetz, eine ausreichende Anzahl offener Grenzübergänge in ausgewählten Tourismuszentren, eine zweisprachige Markierung von Wegen. Das alles wären Kleinigkeiten, die aber gleichwohl offenbar nicht in Angriff genommen werden.
4. Es fehlt ein grenzüberschreitender öffentlicher Personennahverkehr. Dazu sind grenzüberschreitende Gebietsnetzkarten notwendig. Wir fordern vernünftige Verbindungen zwischen den stark frequentierten Mittelzentren. Die Leistungsfähigkeit der Bahnstrecke Eger-Schirnding-Marktredwitz könnte kurzfristig durch Elektrifizierung und Einbau eines zweiten Gleises erhöht werden und mit dem "Huckepacksystem" ausgestattet werden. Hof-Selb/Plößberg-As-Eger-Karlsbad: Der Personennahverkehr muß wieder aufgenommen werden. Warum bekommt man die LKW-Staus beim Grenzübergang in Schirnding nicht in den Griff? Die Zollkontrollen sollten auf den alten Flugplatz in Cheb verlegt werden und die Übernahme durch Speditionen sollte so sein, daß der Verkehr über die Grenze fließend wird. Die Region Westböhmen muß endlich an den Regionalluftverkehr Oberfrankens angeschlossen werden.
5. Daß man in den großen Bereichen Wissenschaft und Forschung, Kunst und Kultur, moderne Technologien nichts Rechtes bisher auf die Beine gestellt hat, ist eine Schande. Benachbarte Hochschulen kennen kaum einen Wissenschaftstransfer, grenzüberschreitende Denkmalpflege scheint ebenso unbekannt zu sein wie die Intensivierung und Pflege von Städtepartnerschaften, grenzüberschreitende Ausstellungen, Festivals der Regionen und anderes mehr.

Fazit: Zukunftsweisende Entwicklungen wird es nur geben, wenn es einen fairen, kooperativen und instruktiven Austausch in der Mitte Europas gibt. Die Schnittstelle zwischen den jahrzehntelang brutal abgetrennten Regionen Böhmens, Frankens und Sachsens ist wichtiger als manche vielleicht glauben. Hier könnte Vorbildliches entstehen. Dazu ist aber - außer dem zweifellos vorhandenen großartigen Engagement vieler Menschen - eines notwendig: Die Politik muß Rahmenbedingungen schaffen. Man muß befürchten, daß die derzeitigen Amtsinhaber in München, Dresden und Bonn eine epochemachende Entwicklungsmöglichkeit schlichtweg verschlafen!

(-/19. November 1991/rs/fr)
